

## **Beschluss** Psychische Gesundheit stärken – Versorgung sichern, Prävention ausbauen, Stigmatisierung abbauen!

Antragsteller\*innen: Julia Michler (LV Grüne Jugend Hamburg)  
Julia Michler (LV Grüne Jugend Hamburg)

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Inhaltliche Anträge

### **Antragstext**

1 Psychische Gesundheit ist ein zentraler Bestandteil für sowohl individuelles als  
2 auch gesellschaftliches Wohlbefinden. Dennoch bleibt die Versorgung psychisch  
3 erkrankter Menschen in Deutschland seit Jahren strukturell unzureichend. Lange  
4 Wartezeiten auf Therapieplätze, unzureichende Finanzierung, prekäre Bedingungen  
5 in der psychotherapeutischen Weiterbildung sowie strukturelle Diskriminierungen  
6 gegenüber Menschen mit psychischen Erkrankungen verschärfen die Versorgungslage  
7 zusätzlich. Gleichzeitig steigt die Nachfrage nach psychotherapeutischer  
8 Unterstützung kontinuierlich an, insbesondere bei jungen Menschen. Eine Umfrage  
9 unter Studierenden aus Deutschland und Österreich, das Mental-Health-Barometer  
10 aus dem Jahr 2025 zeigt, dass 56,7 % der befragten Studierenden unter  
11 psychischen Belastungen leiden. Dies ist der höchste Wert seit Beginn der  
12 Erhebung im Jahr 2021. Die bestehenden Versorgungssysteme reagieren darauf  
13 unzureichend und es finden im Gegenteil Kürzungen statt, die die Lage weiter  
14 verschlechtern.

15 Die GRÜNE JUGEND Hamburg erkennt diese Entwicklung als politisches Versäumnis an  
16 und fordert umfassende Maßnahmen zur Stärkung der psychischen  
17 Gesundheitsversorgung, deren Prävention sowie zur Beseitigung struktureller  
18 Ungleichheiten in folgenden Punkten:

#### 19 Vergütung von Psychotherapeut\*innen

20 Ambulante Psychotherapie ist ein zentraler Bestandteil in der Versorgung  
21 psychisch erkrankter Menschen. Gleichzeitig steigen psychische Erkrankungen und  
22 Wartezeiten seit Jahren deutlich an. Die finanzielle Grundlage ambulanter  
23 psychotherapeutischer Versorgung ist jedoch nicht ausreichend gesichert.

24 Am 11. März 2026 hat der Erweiterte Bewertungsausschuss beschlossen, die  
25 Vergütung für ambulante psychotherapeutische Leistungen zum 1. April 2026 um 4,5  
26 % zu kürzen. Dies entspricht bei einer 50-minütigen Einzeltherapie einem  
27 Vergütungsrückgang von knapp 5 Euro pro Sitzung.

28 Diese Entwicklung betrifft eine Berufsgruppe, deren Vergütung bereits im  
29 Vergleich zu anderen fachärztlichen Leistungen im unteren Bereich liegt. Vor dem  
30 Hintergrund der ohnehin angespannten Versorgungslage stellt dies ein  
31 kontraproduktives Signal dar und steht im Widerspruch zu gesundheitspolitischen  
32 Zielen, die ambulante Versorgung zu stärken.

33 Eine unzureichende Vergütung erhöht das Risiko, dass weniger Therapeut\*innen  
34 Kassensitze übernehmen und der Beruf immer unattraktiver wird. Dies verschärft  
35 bestehende Versorgungslücken weiter.

36 Forderungen:

- 37 • Überprüfung der Sicherstellung der ambulanten Psychotherapeutischen  
38 Versorgung mit Beachtung der Folgen der stattgefunden Honorarkürzungen
- 39 • Klare Positionierung gegen (weitere) Kürzungen psychotherapeutischer  
40 Vergütung
- 41 • Reform der Bedarfsplanung und bedarfsgerechte Erhöhung der Kassensitze

## 42 Psychotherapie-Ausbildung

43 Mit der Reform des Psychotherapeutengesetzes im Jahr 2020 wurde die Ausbildung  
44 neu strukturiert. Die Einführung der direkten Approbation nach dem Studium sowie  
45 der anschließenden Weiterbildung sollte die frühere Ausbildungssituation  
46 verbessern, bei der auf angehende Psychotherapeut\*innen hohe Kosten statt  
47 adäquater Bezahlung zukamen. Gleichzeitig besteht weiterhin ein erhebliches  
48 strukturelles Problem: Die Finanzierung dieser neuen psychotherapeutischen  
49 Weiterbildung ist immer noch weitgehend unklar.

50 Dies führt zu einem erheblichen Engpass an Weiterbildungsplätzen. Gleichzeitig  
51 entsteht ein Stau an qualifizierten Absolvent\*innen, die ihre Weiterbildung  
52 nicht beginnen können. Es besteht eine zunehmende Dringlichkeit einer  
53 gesetzlichen und nachhaltigen Finanzierungsregelung.

54 Forderungen:

- 55 • Gesetzlich abgesicherte und ausreichend hohe Finanzierung der  
56 psychotherapeutischen Weiterbildung
- 57 • Ausreichende Anzahl an Weiterbildungsplätzen

## 58 Bedeutung von Prävention

59 Prävention und frühzeitige Intervention werden gesundheitspolitisch weiterhin  
60 unzureichend priorisiert. Wenn Versorgung erst spät einsetzt, wird ein frühes  
61 Entgegenwirken gegen Entstehung und Fortschreiten von Erkrankungen verpasst.  
62 Dies führt zu schwereren Verläufen, Chronifizierungen, längeren Arbeitsausfällen  
63 und erheblichen sozialen sowie volkswirtschaftlichen Folgekosten.

64 Frühzeitige Unterstützung ist nachweislich effektiver und kostengünstiger als  
65 die spätere Behandlung chronifizierter Erkrankungen.

66 Forderungen:

- 67 • Ausbau präventiver Angebote im Bereich psychischer Gesundheit
- 68 • Ausbau psychologischer Unterstützung in Bildungseinrichtungen und Schulen  
69 (z.B. multiprofessionelle Teams)
- 70 • Durchführung flächendeckender Aufklärungsarbeit für psychische Gesundheit  
71 in Schulen und Bildungseinrichtungen, sowohl für Lernende als auch  
72 Lehrende

73 Diskriminierung u.a. bei Verbeamtung und Versicherungen

74 Viele Menschen vermeiden oder verschieben notwendige psychotherapeutische  
75 Behandlung aus Angst vor nachteiligen Konsequenzen bei z.B. Verbeamtung,  
76 privater Krankenversicherung, Berufsunfähigkeitsversicherung.

77 Psychische Erkrankungen werden gesellschaftlich weiterhin weitgehend stärker  
78 stigmatisiert als körperliche Erkrankungen. Diese strukturelle  
79 Ungleichbehandlung führt dazu, dass potentiell notwendige Behandlungen nicht in  
80 Anspruch genommen werden. Dies führt dazu, dass betroffene Personen zwar nicht  
81 um ihre Verbeamtung oder Versicherung bangen müssen, aber paradoxerweise ein  
82 viel höheres Risikoprofil aufweisen als Menschen, die durch eine Psychotherapie  
83 entsprechende Probleme angehen und an einem Umgang mit diesen arbeiten. Dies  
84 sollte, entgegen dem aktuellen Stand, bei Risikobewertungen positiv bewertet  
85 werden. Ein aktives Auseinandersetzen mit Belastungen führt zu zukünftiger  
86 Stabilisierung und einem reflektierten Umgang mit sich selbst, so wie auch  
87 potentiell seinem Umfeld. Im Gegensatz dazu führt ein Verdrängen, aus Angst vor  
88 Diskriminierung oder negativen zukünftigen Auswirkungen, eher zu  
89 Destabilisierung und einem höheren Risiko zukünftiger Folgen.

90 Forderungen:

- 91 • Keine pauschale Benachteiligung von Menschen in psychotherapeutischer  
92 Behandlung
- 93 • Reform der gesundheitlichen Eignungsprüfung im Rahmen von Verbeamtungen  
94 sowie des Risikoprofils bei Versicherungsabschluss, bei welchen die  
95 präventive und stabilisierende Wirkung einer stattgefunden Psychotherapie  
96 positiv statt negativ bewertet werden sollte
- 97 • Maßnahmen zur Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen

98 Psychische Gesundheit ist keine individuelle Privatsache, sondern eine  
99 strukturelle und gesellschaftliche Aufgabe. Sie ist Grundlage für eine  
100 funktionierende Gesellschaft. Die bestehenden Versorgungslücken, finanziellen  
101 Fehlanreize und diskriminierenden Strukturen müssen konsequent abgebaut werden,  
102 um eine adäquate Versorgung sicherzustellen.